

17.17

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Ich glaube, die Thematik wird vermutlich – da schließe ich mich der Frau Kollegin Tamandl an – vertiefend rund um das Hearing diskutiert werden. Das ist jetzt doch in gewisser Weise zur Tradition geworden. Das muss man teilweise wenigstens loben, auch die Arbeit hier im Haus, dass wir das auch rund um den Finanzrahmen zustande bringen. Deshalb ist jetzt die Debatte vielleicht etwas mau, denn wie eine wirkliche Rücktrittsaufforderungsrede an die Regierung hat das jetzt ja nicht ganz geklungen.

Ich will selber heute noch auf ein paar Sachfragen eingehen, was den Budgetpfad und die Berechnungsmethoden betrifft.

Eine letzte Bezugnahme noch auf den Vorredner: Man muss schon immer schauen, wen man haut, wenn man jemanden hauen will. Ich kann nämlich jetzt nicht erkennen, dass der Herr Bundesminister – denn sonst hätte ich jetzt etwas lernen müssen; wenn das so ist, habe ich es aber nicht verstanden – für diese Berechnungsmethoden zuständig ist. Ich entnehme den Medien, was jetzt nur das strukturelle Defizit betrifft – wir wissen ja: strukturelles Defizit, alte Maastricht-Regel noch, und das klassische administrative –, dass sich ja der Herr Bundesminister, entlang welcher Kriterien auch immer – das habe ich nicht verfolgt, aber es ist den entsprechenden Meldungen zu entnehmen – selber darum bemüht, ausgesprochenerweise, dass man diese Berechnung des strukturellen Defizits, die ja volkswirtschaftlich komplett haarig ist – das wissen wir ja eh –, zumindest vereinfacht.

Theoretisch machte es ja Sinn, wenn man von einer Wirtschaftsphilosophie ausgeht, dass zumindest dann, wenn alle privaten Investitionen zurückgehen und der Staat mit Einmal-Investitionen zum Beispiel gegensteuern will oder wenn bestimmte Sachen einmalig aufschlagen, das aus den an sich – das wird ja von dieser Seite ohnehin immer stärker gefordert – strengen Budgetregeln quasi indirekt oder auch direkt formuliert ausgenommen ist. Die Praxis ist halt sehr, sehr schwierig. Aber ich glaube, es wäre wirklich die falsche Adresse, würde man da jetzt am Herrn Finanzminister herumnörgeln.

Ich frage mich, wie das weitergehen wird. Wir haben selber mehrere Kritikpunkte. Aber man sieht ja auch, dass wir uns vor der Debatte nicht davonstehlen können, und da kann jeder bald einmal sagen: So ein Blödsinn, das strukturelle Budgetdefizit! Unsere Fraktion würde andere Vorschläge für die Neuberechnung haben als wahrscheinlich diese Fraktion (*in Richtung ÖVP weisend*), denn da ist ja auch immer ein Schuss Wirtschaftsideologie mit dabei.

Wie dem auch sei, kommen wir nun zu jenen Dingen, die man einfacher erkennen kann! – Wie weit der Budgetpfad halten wird, konkret die Defizitentwicklung, wenn man bis 2020 schaut, kann ich nicht sagen. Für heuer muss man sagen: Es wird, wie mein Kollege Rossmann sagt, die systematische strukturelle Unterfinanzierung des Bildungsbereichs da oder dort zu einem Nachtrag führen müssen. Ich kann es noch nicht endgültig beurteilen, aber die Gefahr, dass dies geschieht, steht ja eminent im Raum, und zwar wird diese lauter formuliert von der heute auf der Regierungsbank fehlenden Kollegin, die für die Bildungspolitik zuständig ist. Wie dem auch sei, diese Gefahr kann man nicht ganz übersehen.

Nun zu den Schwerpunkten. – Ihr redet immer davon, wo zusätzlich etwas passiert. Es ist in den sogenannten Sicherheitskapiteln etwas erkennbar, aber darauf lasse ich mich jetzt weniger ein, aber wo es wirklich um Zukunftsbereiche gehen würde, hat sich nicht viel verändert. Dazu gibt es aber auch fortlaufende Kritik, diese werde ich jetzt an dieser Stelle anbringen.

Diese Kritik betrifft einerseits die Investitionen in den Bereichen der Bildung – das wurde heute schon gesagt, das wiederhole ich nicht mehr –, obwohl es dort bekanntlich nicht immer nur ums Geld geht, und andererseits Bereiche, wo es sehr wohl ums Geld geht, und das sind die Förderungen. Wir brauchen Förderungen, die sich sehr positiv auf die Volkswirtschaft und vor allem auf die Beschäftigungssituation auswirken, und die sind eben im Umweltbereich, im Bereich der modernen Technologien, der Energiewirtschaft, der Umweltwirtschaft notwendig. Da wäre viel mehr möglich, aber da ist jetzt zusätzlich nichts Großartiges geschehen, aber es ist anders als beim letzten Budgetrahmen, wo massiv gekürzt worden ist.

Wenn wir uns da an das erinnern, was bei den thermischen Sanierungen und bei den Klimafondsdotierungen herausgekommen ist, so muss man sagen: Das sind Effekte, die auf etwas anderes hinweisen als auf das, was offensichtlich mit dem Willen, der bei solchen Konferenzen wie in Paris, bei Klimagipfeln oder im Weltklimavertrag zum Ausdruck kommt, erreicht werden könnte. Also dieser Wille schlägt sich in den einzelnen Ländern – da sind wir vielleicht gar nicht die Einzigen – dann nicht unmittelbar nieder. Ich habe auch keine Investitions- oder Unterstützungslinie gesehen, jedenfalls keine budgetäre, die mit diesen Zielen zu tun hätte. Ganz im Gegenteil: Voriges Jahr war die Konferenz, und voriges Jahr ist für den Finanzrahmen dieser Bereich hinuntergekürzt worden. Jetzt ist inzwischen die Klimakonferenz in Paris gewesen, und man könnte meinen, da geht der Betrag hinauf, aber nein.

Ähnlich ist es bei anderen Positionen. Ich werde noch kurz dazu kommen, das lasse ich an sich nie aus: dass wir schon auch der Meinung sind, dass es bei einer Steuer- und Abgabenquote von 43, 44 Prozent nicht immer darum geht, nur zusätzlich Ausgaben zu fordern, sondern schon auch darum, ein paar Stellen zu identifizieren, wo etwas gehen könnte. Das mache ich dann noch, ich leiste mir nur einmal, kurz das Fenster UG 46 einzuschieben: Finanzmarktstabilität.

Was es immer für Euphemismen gibt! Wir haben damals das Gesetz so getauft, in Wirklichkeit geht es um Bankenhilfe beziehungsweise im besten Sinne um das, was mit der Stabilisierung verbunden ist: dass halt die vom Finanzsektor ausgehenden Schäden für die Volkswirtschaft nicht so groß sind. Das hat ja da oder dort auch etwas Positives zur Folge. Aber wir alle wissen, was für Hintergründe das in Österreich hat. Sie, Herr Finanzminister, sind da in keiner Weise schuld, das ist ja völlig klar. Nur: Man darf nie unerwähnt lassen, was uns das schon gekostet hat, nämlich viele, viele Milliarden. Und wer jetzt genau hingeschaut hat, der hat entdeckt, dass es für diesen Titel mit den heurigen Mitteln, plus den vierjährigen, noch einmal über 2,5 Milliarden bis 2020 sind. Ich will mich heute nicht so aufregen wie sonst an dieser Stelle.

Es gibt im Übrigen da auch etwas zu loben, muss ich sagen. Wir hatten neulich bei den Untersuchungen wieder ganz klar vor uns liegen, dass speziell im Jahr 2013 – zufällig ein Wahljahr – systematisch und verfassungswidrig, wie wir meinen, unterbudgetiert wurde. Da hat man längst schon gewusst, dass es etwa bei der – das kann bald keiner mehr hören – doch noch Hypo Alpe-Adria um mehrere Milliarden gehen wird, was sich auch voll auswirken wird, egal, mit welcher Lösung, es sei denn, wir hätten damals schon Zahlungsstopp und Schuldenschnitt organisiert, und zwar auf einer anderen Basis als der von damals, wo das mit 130 Millionen eingestellt war, zum Teil mit einer Unterdotierung um mehr als das Zehnfache, und zwar mit Anlauf und voller Absicht.

Da muss ich sagen: Da scheint mir die jetzige Variante realistischer zu sein. Das ist zwar kein Grund zur Freude, aber ein Lob für ein bisschen mehr Transparenz und mehr an Wahrheit ist da am Platze. Genau auf die Million kann es bekanntlich bei diesen Dingen eh keiner sagen.

Also ein lachendes, aber vor allem auch ein weinendes Auge, wenn man weiß, wie viel wir da schon hineingesteckt haben – da kann jetzt jede Fraktion nach ihrer Fassung einmal nachrechnen –, und wenn man bedenkt, dass wir eh schon 10 oder 15 untergehen gesehen haben. Und jetzt kommen noch welche dazu. Andere Banken haben auch noch etwas gehabt. Da kommt man schon in einen Bereich von etwa 20 Milliarden.

Der Herr Krainer führt dann an dieser Stelle immer die Bankenabgabe an. – Soll sein. Ihre Fraktion wird vielleicht das Verteidigungsbudget hernehmen und schauen, wie viele Verteidigungsbudgets da schon versenkt worden sind. Andere mögen andere Vorlieben haben. Fest steht aber: Diese Dinge sollte man nie ganz vergessen!

Jetzt aber zu den Reformen! – Diese bilden sich im Finanzrahmen nicht unmittelbar ab, aber man kann schon laufend beobachten, wie parallel dazu die Verhandlungen zum Finanzausgleich laufen. Vielleicht können Sie uns, Herr Finanzminister, im Finanzausschuss dann einmal etwas Erfreulicheres berichten, als wir den Medien entnehmen können. Es sind ja die Grünen von diesen Verhandlungen systematisch ausgeschlossen. Selbst dort, wo wir regieren, ist die ÖVP nicht bereit, Transparenz oder auch nur eine korrekte Verhandlungsbasis walten zu lassen. Das werden wir uns aber eh nicht mehr lange gefallen lassen.

Aber ich kann nicht erkennen, dass da irgendein Effizienzgewinn bis jetzt stattfindet. Bald ist das Ganze vorbei, und ich sehe uns schon wieder dasitzen und verhandeln. Und dann gibt es eine Verlängerung, mit all den damit verbundenen Zusatzkomplikationen, die das dann nach sich zieht, etwa in den Bereichen Pflege und Krankenhäuser, wo dann zahlreiche Artikel 15a-Vereinbarungen getroffen werden.

Apropos: In den Bereichen der Gesundheit, der Krankenhäuser, der Schulen und vor allem der Förderungen, wo es um einen überzogenen Föderalismus geht, wäre, muss ich schon sagen, wirklich viel, viel mehr drinnen.

Dass die Bundesländer bis heute nicht bereit sind, die Transparenzdatenbank auch nur mit irgendetwas annähernd Sinnvollem zu befüllen, zeigt ja nur, was das für ein harter Kampf wird – toi, toi, toi! – oder immer noch ist, nur kann uns keiner einreden, dass es in diesem Staat nicht auch irgendwo etwas sinnvoll zu sparen gibt. Wir wissen bis heute nicht, wer wo wen wirtschaftlich fördert, ich weiß nur, dass in meinem Bundesland jene Betriebe, die eh schon die meisten Gewinne machen, die größten Förderungen bekommen. Ob das gescheit ist, sollten wir auch einmal hinterfragen. Insofern hätten wir noch genug zu tun. Wir werden das Ganze dann beim Hearing besprechen

Eine nächste Steuerreform muss anders aussehen als die alte. Wir hoffen, dass wir nicht zu viele Verluste an der Stelle haben, wo wir die Gegenfinanzierung eingepreist haben, denn die wird, fürchte ich, nicht so gut funktionieren, wie angenommen wurde. Sei's drum! Wir werden ohnehin eine neue, eine echte, eine ökologisch-soziale brauchen. *(Beifall bei den Grünen.)*

17.27

Präsident Karlheinz Kopf: Herr Klubobmann Dr. Strolz kommt als Nächster zu Wort. – Bitte.